## BI fordert: "Ausgewogene Information zu 5G"

Martin Himmelheber (him)

18. Juli 2020

In einem "offenen Brief" haben sich fünf Schramberger und ein Schenkenzeller Bürger an Oberbürgermeisterin Dorothee Eisenlohr und die Gemeinderätinnen und –Räte gewandt. Sie sind der Meinung, sie hätten "Anspruch auf ausgewogene Information zu 5G Ausbau" und dieser werde nicht erfüllt, wenn die Stadt Fachleute eines Kompetenzzentrums des Bundes einlädt.

Eine ursprünglich von der Stadt geplante Informationsveranstaltung zum neuen Mobilfunkstandard 5 G in diesem Frühjahr war wegen der Corona-Pandemie ausgefallen. Die Stadtverwaltung plant nun, im Herbst eine Info-Veranstaltung zu organisieren. Die sechs 5-G-Kritiker werfen der Stadtverwaltung in ihrem "Offenen Brief" vor, durch die Auswahl des Kooperationspartners "Kompetenzzentrum Mobilfunk des Bundes" eine Veranstaltung zu planen, die sie "eindeutig als einseitige Informationspolitik" empfänden. Die sei "ein Übergehen unseres Bemühens um umfassende Aufklärung und Information".

Die Unterzeichner verweisen auf einen Vortrag mit Peter Hensinger, einem vehementen Mobilfunkkritiker, im vergangenen Jahr, zu dem an die 250 Besucher in die Aula des Gymnasiums gekommen seien.

Es gehe ihnen um den Anspruch der Bevölkerung auf ausgewogene Information zum 5G Ausbau, insbesondere auch unter Berücksichtigung der Bedenken, Risiken, Alternativen und Möglichkeiten der Strahlungsminimierung.

In dem Schreiben geht es auch um die angeblichen Auswirkungen von 5G auf die Gesundheit, aber auch um Satelliten im Weltall, die Massentierhaltung und das Artensterben auf der Erde. Wir veröffentlichen den "Offenen Brief" unverändert im Wortlaut:

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Dorothee Eisenlohr, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,

als offener Brief an die Redaktionen des Schwarzwälder Boten in Schramberg, NRWZ und Radio Neckarburg

zur Kenntnisnahme an die Vorsitzenden der Parteivertreter des Landkreises Rottweil sowie die Landtagsund Bundestagsabgeordneten

Noch einmal wenden wir uns mit diesem nun offenen Brief an Sie als Verantwortungsträgerinnen -und träger dieser Stadt.

In bisherigen Gesprächen mit Vertretern Ihrer Kommune Anfang März dieses Jahres mit Fachbereichsleiter Uwe Weißer und Herrn Ginter vom Ausschuss für Umwelt und Technik wurde von unserer Seite die Bitte ausgesprochen, mit einer ausgewogenen Informationsveranstaltung zum geplanten 5G Ausbau die

## NRWZ.de - Neue Rottweiler Zeitung.

Bevölkerung in die Aufklärung mit einzubeziehen. Wie groß das Interesse an diesem sensiblen Thema ist, hat der Vortrag von Peter Hensinger gezeigt, der mit annähernd 250 Besuchern aus Schramberg und Umland im September vergangenen Jahres in der Mensa des Gymnasiums stattfand. Es geht um den Anspruch der Bevölkerung auf ausgewogene Information zum 5G Ausbau, insbesondere auch unter Berücksichtigung der Bedenken, Risiken, Alternativen und Möglichkeiten der Strahlungsminimierung. Diese gemeinsame Vorbereitung mit Mitgestaltung, insbesondere was die Wahl von "neutralen" Referenten angeht, wurde in diesem Gesprächstreffen in Aussicht gestellt.

Es ist aus unserer Sicht eine einseitige Information der Bevölkerung, wenn nun vom Wirtschaftsministerium eine "Kompetenzinitiative" gestartet werden soll (SchwaBo v. 11.7.20 und 16.6.20), um Bedenken und Widerstände der Bevölkerung auszuräumen. Wenn nun von Seiten der Stadt Schramberg, wie von Oberbürgermeisterin Frau Eisenlohr angesagt, im Herbst "in Kooperation mit dem Kompetenzzentrum Mobilfunk des Bundes" eine Veranstaltung geplant ist, empfinden wir dies eindeutig als einseitige Informationspolitik und ein Übergehen unseres Bemühens um umfassende Aufklärung und Information. Die Planung einer Veranstaltung unsererseits in größerem Rahmen war aus den Einschränkungen, was Versammlungen angeht, bislang nicht möglich, doch in dieser Zeit werden nun von den Mobilfunkbetreibern Fakten geschaffen.

Wie können wir einer Regierung vertrauen, die Milliardenbeträge für den Verkauf von Lizenzen kassiert, ein Baurecht und Verträge zulässt, die von vornherein das Mitspracherecht der Kommunen einschränkt oder gar unmöglich macht? Dies ist aus unserer Sicht schlichtweg ein Übergehen der Bürger und gefährdet unser demokratisches Grundverständnis. Sind alle warnenden Stimmen von Wissenschaftlern, Medizinern, Biologen, Theologen und Ethikern, Hirnforschern und Kommunen, die sich 5G verweigern oder ein Moratorium ausgesprochen haben, nur Zukunfts-und Fortschrittsverweigerer??? Wir glauben nicht!

Nicht nur elektrosensible Menschen sehen sich einem großflächigen Feldversuch ausgesetzt, wenn sogar das Bundesamt für Strahlenschutz bestätigt, dass die Auswirkung eines weiteren großflächigen Ausbaus des Netzes bislang nicht erforscht ist und Handlungsbedarf besteht. Artikel 2 und 13 des Grundgesetzes mit dem Recht auf körperliche Unversehrtheit und Unverletzbarkeit der Wohnung werden dadurch einfach außer Kraft gesetzt.

Wir bedanken uns bei den 4 Stadträten, die sich die Zeit genommen haben, auf unser Anschreiben und das Informationspaket von Anfang März zu reagieren. Es wäre wünschenswert, sich mit sachlichen Argumenten einer öffentlichen Diskussion zu stellen und nicht durch anscheinend gängiges Recht klammheimlich vollendete Tatsachen zu schaffen. Auch Kommunen haben Mitgestaltungsmöglichkeiten mit Vorsorgekonzepten (s. beigefügte Anlage).

Die vom Unternehmerverband Bitkom als repräsentativ in Auftrag gegebene Studie ergibt, dass bei nahezu der Hälfte der Bevölkerung inzwischen Bedenken und Besorgnis über elektromagnetische Felder, ausgehend von Funkmasten, vorhanden sind.

Geplant sind weitere 40 000 Antennen bis Ende des Jahres (Presseerklärung der Telekom SchwaBo. v.

## NRWZ.de - Neue Rottweiler Zeitung.

18.6.20) und Hunderte von neuen Satelliten im Weltall !!! Immer schneller, immer mehr???

Müssen es noch mehr werden, bevor die Politik reagiert?

Die Pandemie der vergangenen Wochen hat uns unter anderem gezeigt, dass wir in der Verantwortung auf eine enkeltaugliche Zukunft in mehrerlei Hinsicht wie z. B. Massentierhaltung, Ressourcenverbrauch, Veränderung des Klimas, Abhängigkeit von Transportsystemen, an unsere Grenzen kommen, Regionalität erfährt wieder größeres Bewußtsein.

Unsere Zukunft ist ein Leben im Einklang mit der Natur, sie braucht uns Menschen nicht zum Überleben. Der dramatische Verlust der Insekten (SchwaBo v.10.7.20) und Artenrückgang sollten uns eine Mahnung sein, in vielerlei Hinsicht umzudenken. Ein blauer Himmel, wie wir ihn in den vergangenen Wochen besonders erleben durften, und unbelastete Rückzugsräume in der Natur erfahren immer mehr Menschen gerade in der ländlichen Region als ein großes Geschenk.

Ein Zuviel an elektromagnetischen Feldern ist dem menschlichen Organismus und somit auch allen anderen Lebewesen nicht zuträglich!!! Bei der Bemessung der Grenzwerte werden bislang nur die thermischen Auswirkungen berücksichtigt. Die gegenwärtige Grenz-und SAR-Grenzwerte klammern die nicht-thermischen Effekte, die elementaren Einflussgrößen der Strahlung und ihrer Wirkung auf die Biologie von Mensch und Tier aus.

Siehe dazu auch EU-Briefing-Papier vom 10.3.20: Die Kombination von Millimeterwellen, eine höhere Frequenz, die Anzahl der Sender und die Anzahl der Verbindungen scheint biologische Auswirkungen zu haben. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass 5G die Gesundheit von Menschen, Pflanzen und Tieren, Insekten und Mikroben beeinträchtigen kann- und da 5G eine noch nicht getestete Technologie ist, wäre ein vorsichtiger Ansatz angebracht.

Die Städte wie zum Beispiel Genf und Brüssel, die ein 5G Moratorium verfügt haben und der Meinung sind, dass aus Vorsorgeprinzip der Ausbau derzeit nicht verantwortbar ist, als auch die 5 Kommunen in Bayern, die den Ausbau von 5G ablehnen, sind längst kein Einzelfall mehr.

Sich "für die Menschen vor Ort einsetzen" heißt, sie in Ihren Bedenken ernst nehmen und eine offene und transparente Informationspolitik betreiben.

Verstehen Sie diesen Brief bitte als Anspruch auf Austausch auf Augenhöhe, wir stehen weiterhin gern zu sachlichen Gesprächen zur Verfügung.

Für die Bürgerinitiative Schramberg:

Beatrice Madlo, Gerlinde Freder, Lore Hillmaier, Martin und Sandra Kern, alle aus Schramberg und Hans Kurt Rennig, Schenkenzell

NKWZ.de - Neue Kottweiler Zeitung.			
https://www.nrwz.de/schramberg/bi-fordert-ausgewogene-information-zu-5g/269102			